



Hans-Dieter Wille

Prälat Hans-Dieter Wille, Heilbronn

[Prälat Hans-Dieter Wille, Heilbronn] Erwartungen der Kirche an die Politik

Wer wie die Kirche Erwartungen an die Politik formuliert, tut das gewissermaßen nicht von außen, nicht in der Rolle einer unbeteiligten Zuschauerin, sondern immer auch als jemand, der selbst am politischen Geschehen beteiligt ist und an den mit gleichem Recht von der Politik Erwartungen gestellt werden.

Die christlichen Kirchen sind **Teil dieser demokratischen Gesellschaft** und deswegen in den sogenannten Kirchenparagrafen unsres Grundgesetzes mit bestimmten Rechten und Pflichten ausgestattet. Erwartungen an die Politik auszusprechen, ist deswegen auch eine Form, wie die Kirchen ihrer vom Grundgesetz zugewiesenen Rolle, nämlich als „Körperschaft des öffentlichen Rechts“, dieser ihrer politischen Verantwortung gerecht werden. So muss es gerade ein Anliegen der Politik sein, dass die Kirchen solche Erwartungen formulieren und möglicherweise auch nicht willkommene Zumutungen an die politisch Verantwortlichen formulieren. Sie setzen sich damit ihrerseits der Kritik aus.

Dies ist kein kirchlicher Lobbyismus, sondern eine den Kirchen vom Grundgesetz dieses Staates zugemutete und auch zugetraute Aufgabe. Unser Staatswesen will die christlichen Kirchen und zwar so, dass sie im Interesse des Gemeinwohls – und keineswegs nur in ihrem eigenen Interesse – Erwartungen an die Politik richten. Die Kirche hat von ihrem eigenen Selbstverständnis her den Auftrag, „Kirche für andere“ (Bonhoeffer) zu sein.

Erwartungen formulieren ist etwas anderes, als dies gegenüber „der“ Politik und „den“ Politikern – wie es oft geschieht – in der Form pauschaler Vorwürfe zu tun, nicht selten untermischt mit der an deutschen Stammtischen gern kultivierten Ansicht, wonach jede Politik, vor allem die Politik der Parteien letztlich „ein schmutziges Geschäft“ sei. Die Demokratiedenkchrift der Evangelischen Kirche aus den 1970er-Jahren ist auch eine selbstkritische Auseinandersetzung mit diesen

aus der Weimarer Zeit herrührenden Verdächtigungen besonders gegenüber parteipolitischer Arbeit, die wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie ist. Der Satz aus dem Buch des Propheten Jeremia „**Suchet der Stadt Bestes!**“ (Jer 29,7) ist darum das Leitmotiv politischen Handelns unserer Kirche. Es geschieht im Respekt gegenüber den politisch Verantwortlichen und der Würdigung ihrer Arbeit. Die gottesdienstliche Fürbitte, in der Politiker und Politikerinnen ins Gebet genommen werden, will so verstanden werden und ist selbst eine Gestalt kirchlicher „Politik“, eine Form der Gewissensbildung. Überhaupt hat das Gebet für den öffentlichen Raum eine in der Regel unterschätzte Kraft. Man denke nur an die Montagsgottesdienste 1989 in der DDR: „Wir haben mit allem gerechnet, nur nicht mit Kerzen und Gebeten“, wird später der leitende Volkspolizist zu Protokoll geben.

Die christliche Hoffnung auf das schon jetzt unter uns wirksame Reich Gottes, das Reich der Liebe, des Friedens und der Gerechtigkeit, macht deutlich: Der Glaube selbst hat wesensmäßig auch eine politische Struktur. Ihn als Privatsache abzustempeln, würde seinem Wesen widersprechen; es würde dem Glauben die ihm innewohnende Vernünftigkeit und damit seine Fähigkeit zum gesellschaftlichen Diskurs absprechen.

Der Glaube will aber beim Wort genommen werden, gerade wo sich Kirche im Namen dieses politisch verstandenen Glaubens für Menschen einsetzt, deren Lebensmöglichkeiten und damit deren Würde bedroht ist. Auf diese Weise wird zum Beispiel die Bildungsarbeit oder der diakonische Dienst der Kirche an den Schwachen und Schwächsten, wenn möglich in Kooperation mit dem Staat, die Verkündigung des Evangeliums glaubwürdig.